

## **Für ein demokratisches Europa der Bürger und Bürgerinnen**

Die europäische Einigung ist eine großartige Errungenschaft, die unserem Kontinent die längste Friedensperiode seiner Geschichte beschert hat. Heute garantiert uns die Europäische Union weitreichende Grundrechte, Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Trotz alledem befindet sich das europäische Einigungswerk seit einigen Jahren in einer ernst zu nehmenden Vertrauenskrise, die uns deutlich vor Augen führt, dass der Erfolg des europäischen Projektes auf Dauer nur gesichert ist, wenn es die breite Unterstützung der Bürger und Bürgerinnen hat.

Deshalb geht es bei der Europawahl im kommenden Jahr nicht nur um eine Richtungsentscheidung über die Politik der Europäischen Union in zentralen Politikfeldern, wie etwa der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Flüchtlingspolitik oder der Umweltpolitik, um nur einige zu nennen. Es geht am 25. Mai 2014 auch darum, wie das politische Europa in Zukunft insgesamt funktionieren soll und wie wir Vertrauen in Europa zurückgewinnen können. Wollen wir ein Europa der Regierungen, eine europäische Exekutiv- oder Gipfeldemokratie, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten den Ton angeben und wichtige Weichenstellungen hinter verschlossenen Türen treffen? Oder wollen wir ein Europa der Bürger und Bürgerinnen mit einem starken Europäischen Parlament als Herzstück der europäischen Demokratie?

Für mich ist die Antwort klar, da ich seit jeher und mit voller Überzeugung für ein Europa der Bürger und Bürgerinnen eintrete. Ganz entscheidend, um auf diesem Weg voranzukommen, ist eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments, der einzigen direkt gewählten Institution der EU und legitimen Vertretung von über 500 Millionen Europäerinnen und Europäern. Sein Einfluss und seine Entscheidungsbefugnisse sind seit der ersten Direktwahl im Jahre 1979 stetig angewachsen, mittlerweile ist das Parlament in fast allen Politikbereichen zusammen mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber.

Wir sind also bereits ein gutes Stück vorangekommen, doch am Ziel sind wir noch nicht, denn zu einem vollwertigen Parlament gehört das uneingeschränkte Recht zur Gesetzesinitiative – und dieses liegt derzeit bei der Europäischen Kommission. Zwar kann das Parlament die Kommission inzwischen zumindest auffordern, in einem bestimmten Bereich gesetzgeberisch aktiv zu werden. Zur weiteren Demokratisierung der EU gehört aber ohne Frage das volle Initiativrecht für das Europäische Parlament.

Verfügt das Europaparlament über ein solches Initiativrecht, macht dies das Zustandekommen politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht nur transparenter, es erhöht auch den Einfluss der Bürger und Bürgerinnen auf den europäischen Gesetzgebungsprozess, weil die gewählten Abgeordneten die Anliegen ihrer Wähler und Wählerinnen dann direkter als bisher auf den gesetzgeberischen Weg bringen können. Ebenso würde man auf diese Weise die Bedeutung der Europawahlen erhöhen.

Allerdings erfährt aus einem anderen Grund bereits die Europawahl 2014 eine deutliche Aufwertung im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen. Erstmals nämlich stellen die europäischen Parteien gemeinsame europaweite Spitzenkandidaten bzw. Spitzenkandidatinnen für das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten der Europäischen Kommission auf, was ein immenser Fortschritt ist. Die Europawahl wird so ein gutes Stück europäischer. Zu sehr wurden Europawahlen bislang als „nationale Nebenwahlen“, bei denen der jeweils amtierenden Regierung ein Denkkzettel verpasst werden konnte, begriffen. Es ging kaum um europäische Themen und ein grenzüberschreitender Wahlkampf fand praktisch nicht statt. Dies wird sich nun ändern. Generell verbessert die Personalisierung durch europaweite Spitzenkandidaten und -kandidatinnen die Wahrnehmbarkeit der Wahl und der zur Wahl stehenden Alternativen in der Öffentlichkeit.

Dieser Quantensprung europäischer Demokratie ist zu einem guten Teil dem Vertrag von Lissabon zu verdanken, in dem festgeschrieben wurde, dass der Europäische Rat beim Vorschlag einer Kandidatin oder eines Kandidaten für die Spitze der EU-Kommission das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen muss. Doch wie beim Initiativrecht steht für mich auch hier fest: Der Fortschritt geht nicht weit genug. Vielmehr muss der Einfluss der Regierungschefs auf die Auswahl der Kommissionsspitze noch weiter zurückgedrängt werden – schließlich wählt ja auch

der Deutsche Bundestag die Bundeskanzlerin, ohne auf die Befindlichkeiten der im Bundesrat vertretenen Bundesländer und ihrer Ministerpräsidenten Rücksicht nehmen zu müssen.

Wird die EU demokratischer, stärkt dies ohne Zweifel die europäische Zivilgesellschaft. Eine wirkliche europäische Zivilgesellschaft kann es darüber hinaus aber nur geben, wenn eine europäische Öffentlichkeit existiert. Bislang werden auf europäischer Ebene getroffene Entscheidungen in den Mitgliedstaaten fast ausschließlich aus nationaler Perspektive bewertet und diskutiert. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass wir es in Europa nach wie vor mit einer nationalstaatlich strukturierten Medienlandschaft zu tun haben. Um eine echte europäische Öffentlichkeit zu schaffen, bedarf es daher einer Europäisierung der Medien oder zumindest eines spürbaren Impulses in diese Richtung. Ein echtes und qualitativ hochwertiges europäisches Medium, das in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen verfügbar und präsent ist, würde die Bedingungen für einen grenzübergreifenden Meinungsbildungsprozess erheblich verbessern. Mit der Europäischen Rundfunkunion sowie dem Sender *Euronews* sind entsprechende Grundlagen bereits vorhanden. Bedauerlich vor diesem Hintergrund ist, dass sich die öffentlich-rechtlichen Sender Deutschlands nicht an *Euronews* beteiligen – ein Zustand, der sich ändern muss.

Die im Zusammenhang mit partizipativer Demokratie und Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene entscheidendste Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist sicher die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) zum 1. April 2012. Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht es den Europäerinnen und Europäern, selbst unmittelbar als Akteure am demokratischen Prozess teilzunehmen und eigene Themen auf die politische Agenda der EU zu setzen. Ein echter Meilenstein europäischer Demokratie!

Als eine der Ersten habe ich im Sommer 2012 die Initiative *Right2Water*, die sich für das Menschenrecht auf Wasser einsetzt, unterschrieben. Im Zusammenhang mit der zur selben Zeit verhandelten EU-Konzessionsrichtlinie entfaltete *Right2Water* eine weithin nicht für möglich gehaltene Wirkung. Mehr als 1,8 Millionen Menschen in ganz Europa machten mit ihrer Unterstützung der Initiative Druck auf EU-Kommission, nationale Regierungen und Europäisches Parlament. Letztlich konnten wir Sozialdemokraten nach langem Kampf eine Herausnahme der

Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie erreichen – ein Erfolg, der ohne das Engagement so vieler Menschen wahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative wurde überdies nicht nur ein neues Beteiligungsinstrument geschaffen. Der Erfolg von *Right2Water* hat bereits im Jahr vor der Europawahl gezeigt, dass grenzüberschreitende europäische Kampagnen möglich sind, und uns so auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit ein Stück voran gebracht. Nachdem mit *Right2Water* erstmals eine Initiative zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht wurde, müssen wir nun weiter beobachten und zu gegebener Zeit evaluieren, wie sich das Instrument in seiner jetzigen Ausgestaltung bewährt hat. Erst dann können wir beurteilen, ob Korrekturen – beispielsweise bei Fristen oder Quoren – vorgenommen werden müssen, um die politische Partizipation der Bürger und Bürgerinnen über dieses Instrument noch besser zu fördern.

Kommen wir bei den genannten Punkten – also einer weiteren Stärkung des Europäischen Parlaments und einer Aufwertung der Europawahlen, bei der Herausbildung einer echten europäischen Öffentlichkeit mit einer europäischeren Medienlandschaft sowie bei einer dauerhaften Etablierung der Europäischen Bürgerinitiative im politischen Gefüge der EU – entscheidend voran, dann bin ich sicher, dass Europa insgesamt gestärkt wird und die europäische Idee neuen Schwung erhält. Für dieses Konzept eines demokratischen Europas der Bürger und Bürgerinnen trete ich daher vehement ein, auch und gerade mit Blick auf die Europawahl am 25. Mai 2014.

***Evelyne Gebhardt** wurde 1954 in Paris geboren. Sie trat 1975 der SPD bei und gehört seit 1994 dem Europäischen Parlament an. Dort wirkt sie u.a. als Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Im Juli 2013 wurde Gebhardt zur Landesvorsitzenden der Europa-Union in Baden-Württemberg gewählt und seit November dieses Jahres ist sie Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland.*

**Kontakt:** [info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)  
[www.evelyne-gebhardt.eu](http://www.evelyne-gebhardt.eu)